

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksachen 12/1193, 12/3268 —

Antifaschistische und antirassistische Aufklärungskampagne

A. Problem

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, eine umfassende und in alle Schichten der Gesellschaft wirkende Kampagne zur Aufklärung und Ablehnung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Neofaschismus durchzuführen. Durch Aufklärungsspots in Fernsehen und Kinos (insbesondere in Vorprogrammen von gewaltverherrlichenden Filmen), durch Anzeigen in den Printmedien und durch Plakate soll dem Neofaschismus und der Fremdenfeindlichkeit entgegengewirkt werden. Zur inhaltlichen Gestaltung dieser Aufklärungskampagne sollen Organisationen und Verbände beratend einbezogen werden, die sich für die Belange der Flüchtlinge, Immigranten und Immigrantinnen einsetzen.

B. Lösung

1. Der Ausschuß lehnt den Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste insgesamt ab.
2. Er hat sich der aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen EntschlieÙung angeschlossen.

Zu 1: Mehrheit im Ausschuß

Zu 2: Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/1193 — abzulehnen;
2. die nachfolgende Entschlieung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag verurteilt die Übergriffe auf Ausländer und Asylbewerber sowie ihre Unterkünfte auf das schärfste. Sie können nicht allein mit polizeilichen Mitteln und Strafverfolgungsmaßnahmen beendet werden. Unerläßlich ist vor allem eine gezielte Einwirkung auf die Ursachen dieser Ausschreitungen und die Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere der Jugend, über die Schädlichkeit und Unmenschlichkeit fremdenfeindlicher Aktionen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen, die von Anzeigenprojekten, Informationsschriften, Fernsehspots und Unterrichtsmaterialien bis zu einem Aktionsprogramm der Jugendhilfe mit 144 Einzelprojekten in 30 Brennpunktaktionen reichen.

Der Deutsche Bundestag geht davon aus, daß in den nächsten Jahren die für eine Fortsetzung und Ausweitung der Aufklärungskampagne und der Jugendförderung, vor allem durch Auf- und Ausbau neuer Strukturen der Jugendhilfe in den neuen Ländern, ausreichend Haushaltsmittel bewilligt werden. Er bittet die Bundesländer, sich an der gesamtgesellschaftlichen Aufklärungskampagne und dem Programm der Jugendhilfe personell und finanziell angemessen zu beteiligen und eigene Maßnahmen mit der Bundesregierung abzustimmen.

Darüber hinaus erwartet der Deutsche Bundestag, daß sich alle demokratischen Kräfte, insbesondere die Parteien, Gewerkschaften, die politischen Stiftungen, die freien Träger und Kirchen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an entsprechenden Aktionen beteiligen.

Die Bundesregierung und die Länder werden aufgefordert, Mittel für die Förderung der politischen Bildung auf Dauer zur Verfügung zu stellen.“

Bonn, den 23. September 1992

Der Innenausschuß

Hans Gottfried Bernrath
Vorsitzender

Monika Brudlewsky
Berichterstatterin

Wolfgang Lüder
Berichterstatter

Uwe Lambinus

Bericht der Abgeordneten Monika Brudlewsky, Wolfgang Lüder und Uwe Lambinus

I. Zum Verfahren

Der Antrag auf Drucksache 12/1193 wurde in der 47. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Oktober 1991 an den Innenausschuß federführend überwiesen.

Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages hat im Rahmen seiner Sitzung am 10. September 1992 auf Verlangen der Gruppe der PDS/Linke Liste vorgesehen, daß in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. September 1992 ein Bericht des Innenausschusses gemäß § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages über den Stand der Beratungen zu dem von der Gruppe der PDS/Linke Liste eingebrachten Antrag „Antifaschistische und antirassistische Aufklärungskampagne“ — Drucksache 12/1193 — beraten wird.

Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 23. September 1992 abschließend beraten.

Er hat den Antrag, unter Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen eine Stimme der Gruppe der PDS/Linke Liste und bei einer Enthaltung abgelehnt. Dem aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. hat der Ausschuß sodann gegen eine Stimme der Gruppe der PDS/Linke Liste, unter Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zugestimmt.

II. Zur Begründung

1. Der Ausschuß sprach sich interfraktionell dagegen aus, dem Antrag auf Drucksache 12/1193 zu folgen, die Bundesregierung aufzufordern, finanzielle Mittel für eine umfassende und in alle Schichten der Gesellschaft wirkende Aufklärungskampagne gegen den Rassismus nach Art der Anti-Aids-Kampagne bereitzustellen.

Er vertritt die Auffassung, daß der aus der Beschlußempfehlung ersichtliche Entschließungsantrag umfassender die Zielsetzung des Antrags der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste sicherstellt.

Einigkeit bestand im Ausschuß darüber, daß die Übergriffe auf Ausländer und Asylbewerber sowie Unterkünfte nicht allein mit polizeilichen Mitteln und Strafverfolgungsmaßnahmen zu beenden sind.

Mehrheitlich wurde im Ausschuß für unerläßlich erachtet, differenziert eine gezielte Einwirkung auf die Ursachen dieser Ausschreitungen herbeizuführen und die Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere bei der Jugend, über die Schädlichkeit und Unmenschlichkeit fremdenfeindlicher Aktionen zu intensivieren.

Der Ausschuß begrüßt deshalb die von der Bundesregierung bereits empfohlene Maßnahme, die von Anzeigenprojekten, Informationsschriften, Fernsehspots und Unterrichtsmaterialien bis zu einem Aktionsprogramm der Jugendhilfe mit zahlreichen Einzelprojekten und Brennpunktaktionen reichen.

Interfraktionell sprach sich der Ausschuß dafür aus, daß in die Aufklärungsarbeit alle gesellschaftlichen Gruppen einzubinden sind, insbesondere die Parteien, Gewerkschaften, die politischen Stiftungen, die freien Träger und Kirchen. Auch die Bundesländer wurden aufgefordert, Mittel für die Förderung der politischen Bildung auf Dauer hierfür zur Verfügung zu stellen.

2. Dem Entschließungsantrag vermochte sich die Abgeordnete Ulla Jelpke nicht anzuschließen. Sie vertrat die Auffassung, der Ausländerfeindlichkeit, insbesondere aber dem bedrohlich wachsenden Neofaschismus, könne nicht durch Maßnahmen im Sozialbereich begegnet werden. Sie verwies hierzu auf den Film „Wahrheit macht frei“ und auf den steigenden Organisationsgrad neofaschistischer Gruppen. Durch die von ihr beantragte Aufklärungskampagne würde diesem zunehmenden neofaschistischen Gedankengut, das „in den Köpfen“, insbesondere der Jugendlichen, stecke, entgegengewirkt.

Bonn, den 23. September 1992

Monika Brudlewsky
Berichterstatlerin

Wolfgang Lüder
Berichterstatter

Uwe Lambinus